

**No. 33919**

---

**AUSTRIA  
and  
SWEDEN**

**Agreement on social security. Signed at Vienna on 21 March  
1996**

*Authentic texts: German and Swedish.*

*Registered by Austria on 15 July 1997.*

---

**AUTRICHE  
et  
SUÈDE**

**Accord sur la sécurité sociale. Signé à Vienne le 21 mars 1996**

*Textes authentiques : allemand et suédois.*

*Enregistré par l'Autriche le 15 juillet 1997.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

## ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM KÖNIGREICH SCHWEDEN ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Die Republik Österreich  
und  
das Königreich Schweden

in dem Wunsche, unter Bedachtnahme auf Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 auf dem Gebiet der Sozialen Sicherheit zwischen den beiden Staaten über die Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und 574/72 hinausgehend Personen zu schützen, die nach den Rechtsvorschriften eines oder beider Staaten geschützt sind oder waren,

sind übereingekommen, folgendes Abkommen zu schließen, das an die Stelle des Abkommens vom 11. November 1975 zwischen den beiden Staaten über Soziale Sicherheit in der Fassung des Zusatzabkommens vom 21. Oktober 1982 treten soll:

### ABSCHNITT I

#### Allgemeine Bestimmungen

##### Artikel 1

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Verordnung“

die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, in der zwischen den beiden Vertragsstaaten jeweils geltenden Fassung;

2. „Durchführungsverordnung“

die Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, in der zwischen den beiden Vertragsstaaten jeweils geltenden Fassung.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach der Verordnung und der Durchführungsverordnung oder den innerstaatlichen Rechtsvorschriften zukommt.

##### Artikel 2

Dieses Abkommen gilt für die Rechtsvorschriften, die vom sachlichen Geltungsbereich der Verordnung erfaßt sind.

##### Artikel 3

(1) Dieses Abkommen gilt für Personen, die vom persönlichen Geltungsbereich der Verordnung erfaßt sind.

(2) Dieses Abkommen gilt ferner für folgende Personen, die nicht vom persönlichen Geltungsbereich der Verordnung erfaßt sind:

a) Personen, für die die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten;

b) Personen, die Familienangehörige oder Hinterbliebene der in Buchstabe a genannten Personen sind.

##### Artikel 4

(1) Für die im Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen finden im Verhältnis zwischen den beiden Vertragsstaaten die Verordnung, die Durchführungsverordnung und die zu ihrer Durchführung getroffenen Vereinbarungen entsprechend Anwendung, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

(2) Artikel 3 der Verordnung gilt in bezug auf die im Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen nur für die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten sowie für die Familienangehörigen und Hinterbliebenen dieser Personen.

(3) Titel III Kapitel 6, mit Ausnahme des Artikels 67, Kapitel 7 und 8 der Verordnung gelten nicht in bezug auf die im Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen.

#### Artikel 5

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, die außerhalb des Gebietes eines Staates wohnen, für den die Verordnung gilt, stehen bei Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates den Staatsangehörigen dieses Vertragsstaates gleich.

(2) Absatz 1 berührt nicht die österreichischen Rechtsvorschriften betreffend die Versicherung von Personen, die bei einer österreichischen amtlichen Vertretung in einem anderen Staat als einem Staat, für den die Verordnung gilt, oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigt sind.

(3) Absatz 1 berührt nicht die schwedischen Rechtsvorschriften betreffend die Zusatzrentenversicherung für Personen, die von einem schwedischen Arbeitgeber in einem anderen Staat als einem Staat, für den die Verordnung gilt, beschäftigt werden.

### ABSCHNITT II

#### Besondere Bestimmungen

#### Artikel 6

In jenen Fällen, in denen die Vertragsstaaten anstelle der nach den Artikeln 93 bis 96 der Durchführungsverordnung vorgesehenen Kostenerstattung eine Erstattung auf der Grundlage eines Pauschbetrages oder einen Verzicht auf eine Erstattung vereinbaren, können die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten folgendes vereinbaren:

- a) die Bezeichnung des Trägers des Wohnortes als zuständiger Träger;
- b) Maßnahmen zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Belastung, die sich für einen Träger oder für eine Verbindungsstelle aus der Erstattung auf der Grundlage eines Pauschbetrages oder aus dem Verzicht auf eine Erstattung ergeben würde.

#### Artikel 7

Für die im Artikel 3 Absätze 1 und 2 genannten Personen, die außerhalb des Gebietes eines Staates wohnen, für den die Verordnung gilt, und für die im Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen, die im Gebiet eines Staates wohnen, für den die Verordnung gilt, findet in bezug auf

- a) Kinderzuschüsse zu Alters- und Invaliditätsrenten,
- b) Waisenrenten mit Ausnahme von Waisenrenten aus der Versicherung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

Titel III Kapitel 3 der Verordnung entsprechend Anwendung.

#### Artikel 8

(1) Für die im Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen, die nicht schwedische oder österreichische Staatsangehörige oder Personen sind, die ihre Rechte von schwedischen oder österreichischen Staatsangehörigen ableiten, gilt Artikel 10 der Verordnung nur in bezug auf eine schwedische Grundrente, die auf Grund von Zeiten einer Zusatzrentenversicherung oder von gleichgestellten Zeiten berechnet wird.

(2) Für die im Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen gelten Artikel 45 der Verordnung und die für Schweden im Anhang VI der Verordnung vorgesehenen Bestimmungen betreffend die vorausgeschätzten künftigen Versicherungszeiten nur in bezug auf eine schwedische Grundrente, die auf Grund von Zeiten einer Zusatzrentenversicherung oder von gleichgestellten Zeiten berechnet wird.

### ABSCHNITT III

#### Verschiedene Bestimmungen

##### Artikel 9

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Bescheide und Rückstandsausweise (Urkunden) der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen aus der Sozialen Sicherheit werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Vertragsstaat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern im Gebiet eines Vertragsstaates aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie im Konkurs- und Ausgleichsverfahren im Gebiet des anderen Vertragsstaates die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Gebiet dieses Vertragsstaates.

##### Artikel 10

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht innerhalb von drei Monaten beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das wie folgt zu bilden ist:

a) Jeder Vertragsstaat bestellt binnen einem Monat ab dem Empfang des Verlangens einer schiedsgerichtlichen Entscheidung einen Schiedsrichter. Die beiden so nominierten Schiedsrichter wählen innerhalb von zwei Monaten, nachdem der Vertragsstaat, der seinen Schiedsrichter zuletzt bestellt hat, dies notifiziert hat, einen Staatsangehörigen eines Drittstaates als dritten Schiedsrichter.

b) Wenn ein Vertragsstaat innerhalb der festgesetzten Frist keinen Schiedsrichter bestellt hat, kann der andere Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes oder für den Fall, daß dieser Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten ist, den Vizepräsidenten oder nächsten dienstältesten Richter, der nicht die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten hat, ersuchen, einen solchen zu bestellen. Entsprechend ist über Aufforderung eines Vertragsstaates vorzugehen, wenn sich die beiden Schiedsrichter über die Wahl des dritten Schiedsrichters nicht einigen können.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die beiden Vertragsstaaten bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten des Schiedsrichters, den er bestellt. Die übrigen Kosten des Schiedsverfahrens werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

### ABSCHNITT IV

#### Übergangs- und Schlußbestimmungen

##### Artikel 11

Für die Feststellung und Neufeststellung von Leistungen nach diesem Abkommen gelten die Artikel 94 und 95 der Verordnung sowie die Artikel 118 und 119 der Durchführungsverordnung mit Inkrafttreten dieses Abkommens entsprechend.

##### Artikel 12

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die beiden Regierungen einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die für das Inkrafttreten des Abkommens erforderlichen jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen vorliegen.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten schriftlich kündigen.

(3) Im Falle der Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter.

### Artikel 13

Mit Inkrafttreten dieses Abkommens treten außer Kraft:

- a) das Abkommen vom 11. November 1975 zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden über Soziale Sicherheit samt Schlußprotokoll in der Fassung des Zusatzabkommens vom 21. Oktober 1982;
- b) die Vereinbarung vom 1. Juni 1976 zur Durchführung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden über Soziale Sicherheit.

ZU URKUND dessen haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 21. März 1996 in zwei Urschriften in deutscher und schwedischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik  
Österreich:

MICHAEL FITZ

Für das Königreich  
Schweden:

BJÖRN SKALA

---

[SWEDISH TEXT — TEXTE SUÉDOIS]

## KONVENTION MELLAN REPUBLIKEN ÖSTERRIKE OCH KONUNGARIKET SVERIGE OM SOCIAL TRYGGHET

Republiken Österrike

och

Konungariket Sverige

som med beaktande av artikel 8 i förordning (EEG) nr 1408/71 och i en önskan att på den sociala trygghetens område, utöver vad som följer av bestämmelserna i förordningarna (EEG) nr 1408/71 och (EEG) nr 574/72, skydda personer som är eller har varit omfattade av lagstiftningen i den ena eller båda staterna,

har kommit överens om att ingå följande konvention, som skall ersätta konventionen mellan de båda staterna om social trygghet av den 11 november 1975, ändrad genom tilläggsöverenskommelsen den 21 oktober 1982,

### AVDELNING I

#### Allmänna Bestämmelser

##### Artikel 1

1. I denna konvention avses med uttrycken

- 1) förordningen förordning (EEG) nr 1408/71 om tillämpningen av systemen för social trygghet när anställda, egenföretagare eller deras familjemedlemmar flyttar inom gemenskapen i den vid varje tillfälle mellan de två fördragsslutande staterna gällande lydelsen, och med
- 2) tillämpningsförordningen förordning (EEG) nr 574/72 om tillämpning av förordning (EEG) nr 1408/71 om tillämpningen av systemen för social trygghet när anställda, egenföretagare eller deras familjemedlemmar flyttar inom gemenskapen i den vid varje tillfälle mellan de två fördragsslutande staterna gällande lydelsen.

2. Andra uttryck, som förekommer i denna konvention har den innebörd som de har i förordningen, tillämpningsförordningen eller i de fördragsslutande staternas nationella lagstiftning.

##### Artikel 2

Denna konvention är tillämplig på all lagstiftning som omfattas av förordningens sakområden.

##### Artikel 3

1. Denna konvention gäller personer som omfattas av förordningens personkrets.
2. Denna konvention gäller vidare följande personer, som inte omfattas av förordningens personkrets:
  - a) personer som omfattas eller har omfattats av lagstiftningen i en eller i båda av de fördragsslutande staterna, samt
  - b) familjemedlemmar eller efterlevande till sådana personer som avses under a.

##### Artikel 4

1. För personer som avses i artikel 3.2 gäller i förhållandet mellan de båda fördragsslutande staterna förordningen och tillämpningsförordningen och alla för deras genomförande ingångna överenskommelser om något annat inte sägs i denna konvention.

2. Artikel 3 i förordningen gäller i fråga om de personer som avses i artikel 3.2 endast för medborgare i de fördragsslutande staterna och familjemedlemmar och efterlevande till sådana personer.

3. Förordningens avdelning III kapitel 6, med undantag för artikel 67, samt kapitel 7 och 8 gäller inte för personer som avses i artikel 3.2.

### Artikel 5

1. De medborgare i en fördragsslutande stat som är bosatta utanför en stats territorium för vilken förordningen gäller likställs med medborgare i den andra fördragsslutande staten vid tillämpning av dess lagstiftning.

2. Punkt 1 berör inte den österrikiska lagstiftningen om försäkring av personer som är anställda vid en österrikisk ambassad eller ett konsulat i en annan stat än en stat för vilken förordningen gäller, eller är anställda av en medlem av en sådan ambassad eller ett sådant konsulat.

3. Punkt 1 berör inte den svenska lagstiftningen om försäkringen för tilläggspension för personer anställda av en svensk arbetsgivare i en annan stat än en stat för vilken förordningen gäller.

## AVDELNING II

### Särskilda Bestämmelser

#### Artikel 6

I de fall de fördragsslutande staterna i stället för att tillämpa återbetalning i den form som föreskrivs i artiklarna 93–96 i tillämpningsförordningen har kommit överens om återbetalning i form av schablonbelopp eller om att avstå från återbetalning kan de behöriga myndigheterna komma överens

- a) dels om att institutionen på bosättningsorten skall anses som den behöriga institutionen,
- b) dels om åtgärder för att förhindra sådana extraordinära finansiella förpliktelser för en institution eller ett förbindelseorgan som annars skulle bli följden av att återbetalning sker i form av ett schablonbelopp eller ett avstående från återbetalning.

#### Artikel 7

För personer, som avses i artikel 3.1 och 3.2, bosatta utanför en stats territorium för vilken förordningen gäller, och för personer, som avses i artikel 3.2 bosatta inom en stats territorium för vilket förordningen gäller, skall beträffande

- a) barntillägg till ålders- och invalidpension, och
- b) barnpension, med undantag för barnpension från försäkring för olycksfall i arbetet och arbetssjukdomar

bestämmelserna i avdelning III kapitel 3 i förordningen tillämpas.

#### Artikel 8

1. För personer som avses i artikel 3.2 som varken är svenska eller österrikiska medborgare eller härleder sina rättigheter från en svensk eller österrikisk medborgare skall artikel 10 i förordningen endast gälla sådan svensk folkpension som beräknats på grundval av försäkringsperioder enligt försäkringen för allmän tilläggspension eller därmed jämställda perioder.

2. För personer som avses i artikel 3.2 skall artikel 45 i förordningen och bestämmelserna för Sverige i bilaga 6 till förordningen rörande framtida antagna försäkringsperioder endast gälla sådana svenska folkpensioner som beräknats på grundval av försäkringsperioder enligt försäkringen för allmän tilläggspension eller därmed jämställda perioder.

## AVDELNING III

### Övriga Bestämmelser

#### Artikel 9

1. Av en fördragsslutande stats domstolar meddelade verkställbara domar liksom även av en fördragsslutande stats försäkringsorgan eller myndigheter meddelade verkställbara beslut och restantiebesked (bevis) rörande avgifter och andra socialförsäkringsfordringar erkänns i den andra fördragsslutande staten.

2. Erkännande får vägras endast om det strider mot den allmänna ordningen i den fördragsslutande stat, i vilken domen eller beviset skall erkännas.

3. Enligt punkt 1 erkända verkställbara domar och bevis verkställs i den andra fördragsslutande staten. Härvid förfares i enlighet med vad som enligt lagstiftningen i den stat, på vars territorium verkställandet skall ske, gäller för verkställande av i denna fördragsslutande stat meddelade motsvarade

domar och bevis. Domen eller beviset måste förses med intyg om dess verkställbarhet (exigibilitetsklausul).

4. Har försäkringsorgan i en fördragsslutande stat fordran på obetalda avgifter skall vid tvångsverkställighet liksom även vid konkurs- och förlikningsförfarande i den andra fördragsslutande staten sådan fordran ha samma förmånsrätt som motsvarande fordringar i denna stat.

#### Artikel 10

1. Tvister mellan de fördragsslutande staterna om tolkningen eller tillämpningen av denna konvention skall, om möjligt, lösas genom de fördragsslutande staternas behöriga myndigheter.

2. Om tvisten inte inom tre månader kan lösas på detta sätt, skall den på begäran av endera parten underställas en skiljedomstol som skall vara sammansatt på följande sätt.

a) vardera staten skall utse en skiljeman inom en månad efter det begäran om skiljedom mottagits. De två skiljemännen skall bland medborgarna i en tredje stat utse en tredje skiljeman inom två månader från den dag då den stat som sist utsåg sin skiljeman underättade den andra staten härom;

b) om endera staten inte skulle utse en skiljeman inom den föreskrivna tiden, kan den andra staten begära att presidenten i Internationella Domstolen, eller, om denne är medborgare i den ena av staterna, vicepresidenten eller den närmast äldste domaren i denna domstol som inte är medborgare i endera staten, utser skiljemannen. Liknande förfarande skall tillämpas på begäran av endera staten om de båda skiljemännen inte kan enas om utseendet av den tredje skiljemannen.

3. Skiljedomstolens utslag skall grundas på majoritetsbeslut. Utslaget skall vara bindande för båda staterna. Varje stat skall bära kostnaderna för den skiljeman som denna stat utsett. Återstående kostnader skall fördelas lika på de båda staterna. Skiljedomstolen skall fastställa sin procedurordning.

#### AVDELNING IV

#### Övergångs- och Slutbestämmelser

#### Artikel 11

För beviljande av förmåner eller omprövning av förmåner enligt denna konvention gäller artiklarna 94 och 95 i förordningen och artiklarna 118 och 119 i tillämpningsförordningen från och med tidpunkten för denna konventions ikraftträdande.

#### Artikel 12

1. Denna konvention träder i kraft första dagen i tredje månaden efter den månad, då de båda regeringarna skriftligen har underrättat varandra om att de inomstatliga villkoren för konventionens ikraftträdande fullgjorts.

2. Denna konvention slutes på obestämd tid. Den kan skriftligen sägas upp av endera av de fördragsslutande staterna med iakttagande av 3 månaders uppsägningstid.

3. Om konventionen sägs upp skall dess bestämmelser fortsätta att tillämpas med avseende på förvärvade rättigheter.

#### Artikel 13

Vid ikraftträdandet av denna konvention upphör att gälla:

a) konventionen den 11 november 1975 mellan Republiken Österrike och Konungariket Sverige om social trygghet och slutprotokollet till denna konvention ändrad genom tilläggsöverenskommelsen av den 21 oktober 1982,

b) tillämpningsöverenskommelsen den 1 juni 1976 till konventionen mellan Republiken Österrike och Konungariket Sverige om social trygghet.

Till bekräftelse härav har de båda fördragsslutande staternas befullmäktigade ombud undertecknat denna konvention.

Utfärdad Wien den 21 mars 1996, i två exemplar, på vardera tyska och svenska, vilka båda texter äger lika vitsord.

För Republiken  
Österrike:

MICHAEL FITZ

För Konungariket  
Sverige:

BJÖRN SKALA

---

## [TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE KINGDOM OF SWEDEN ON SOCIAL SECURITY

The Republic of Austria and the Kingdom of Sweden,

Wishing, with reference to article 8 of EEC Regulation No. 1408/71, in the area of social security between the two States and going beyond EEC Regulations No. 1408/71 and 574/72, to protect persons who are or were covered by the Regulations of one or both States,

Have agreed to conclude the following Agreement, which shall replace the Agreement of 11 November 1975 between the two States on social security<sup>2</sup> as amended by the Supplementary Agreement of 21 October 1982:<sup>3</sup>

## TITLE I

## GENERAL PROVISIONS

*Article 1*

(1) For the purposes of this Agreement:

1. "Regulation" means EEC Regulation No. 1408/71 of the Council on the application of social security schemes to employed and self-employed persons and their families moving within the Community, in the version in force at any time between the two Contracting States;

2. "Implementing Regulation" means EEC Regulation No. 574/72 of the Council fixing the procedure for implementing EEC Regulation No. 1408/71 on the application of social security schemes to employed and self-employed persons and their families moving within the Community, in the version in force at any time between the two Contracting States.

(2) Other expressions used in this Agreement have the meaning assigned to them by the Regulation and the Implementing Regulation or by the national legislation.

*Article 2*

This Agreement shall apply to legislation on matters covered by the Regulation.

*Article 3*

(1) This Agreement shall apply to persons within the scope of persons covered by the Regulation.

(2) This Agreement shall also apply to the following persons not within the scope of persons covered by the Regulation:

<sup>1</sup> Came into force on 1 July 1997 by notification, in accordance with article 12.

<sup>2</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1045, p. 113.

<sup>3</sup> *Ibid.*, vol. 1324, p. 401.

(a) Persons who are or have been subject to the legislation of one or both of the Contracting States

(b) Family members or surviving dependants of the persons referred to under subparagraph (a).

#### Article 4

(1) Unless otherwise provided in this Agreement, for the persons referred to in article 3, paragraph 2, the Regulation, Implementing Regulation, and arrangements agreed upon for its implementation shall apply *mutatis mutandis* in relations between the two Contracting States.

(2) Article 3 of the Regulation shall apply, with respect to the persons referred to in article 3, paragraph 2, only to citizens of the Contracting States and to the family members and surviving dependants of those persons.

(3) Title III, Chapter 6, with the exception of Article 67, Chapter 7, and Chapter 8 of the Regulation shall not apply to the persons referred to in article 3, paragraph 2.

#### Article 5

(1) Nationals of a Contracting State living outside the territory of a State to which the Regulation applies shall be assimilated for the purpose of applying the law of the other Contracting State to nationals of that Contracting State.

(2) Paragraph 1 shall not affect Austrian legislation concerning the insurance of persons employed by an official Austrian mission in a State other than the one to which the Regulation applies, or by members of such a mission.

(3) Paragraph 1 shall not affect Swedish legislation regarding the supplementary pension for persons employed by a Swedish employer in a State other than the one to which the Regulation applies.

### TITLE II

#### SPECIAL PROVISIONS

#### Article 6

In cases in which the Contracting States, instead of refunding costs under articles 93 to 96 of the Implementing Regulation, agree that refunds should take the form of a lump sum, or that none should be made, the competent authorities of the two Contracting States may agree to:

(a) Designate the insurance authority of the place of residence as the competent insurance authority;

(b) Take measures to avoid any exceptional burden that would arise for an insurance authority or for an intermediary for a carrier or liaison office resulting from making a refund in the form of a lump sum, or from deciding that none should be made.

#### Article 7

Title III, Chapter 3 of the Regulation shall apply, *mutatis mutandis*, to the persons referred to in article 3, paragraph 2, who are resident outside the territory of a

State to which the Regulation applies, and to the persons referred to in article 3, paragraph 2, who are resident in the territory of a State to which the Regulation applies, with respect to

- (a) Child benefit supplements to old-age and disability pensions; and
- (b) Social benefits for orphans other than those under insurance for work-related accidents and occupational diseases.

#### Article 8

(1) For the persons referred to in article 3, paragraph 2, who are not Swedish or Austrian citizens or persons whose rights derive from Swedish or Austrian citizens, Article 10 of the Regulation shall apply only with respect to the Swedish basic pension calculated on the basis of periods of a supplementary or equivalent pension scheme.

(2) For the persons referred to in article 3, paragraph 2, article 45 of the Regulation and the provisions for Sweden in Appendix VI of the Regulation regarding projected future insurance periods shall apply only with respect to the Swedish basic pension calculated on the basis of periods of a supplementary or equivalent pension scheme.

### TITLE III

#### MISCELLANEOUS PROVISIONS

#### Article 9

(1) Enforceable decisions of the courts, and enforceable orders and certificates of arrears (documents) of the insurance or other authorities of a Contracting State regarding contributions and other social security claims shall be recognized in the other Contracting State.

(2) Recognition may be refused only if it violates the public order (*ordre public*) of the Contracting State in which the decision or document is to be recognized.

(3) Enforceable decisions and documents recognized pursuant to paragraph 1 shall be executed in the other Contracting State. The enforcement procedure shall conform to the legislation applicable to the enforcement of corresponding decisions and documents issued in the Contracting State in whose territory they are to be executed. The copy of the decision or document must contain a confirmation of enforceability (enforceability clause).

(4) Claims by insurance authorities in the territory of a Contracting State with respect to arrears of contributions shall be given the same priority in compulsory execution, bankruptcy and compensation proceedings in the territory of the other Contracting State as corresponding claims in the territory of that Contracting State.

#### Article 10

(1) Disputes between the Contracting States concerning the interpretation or application of this Agreement shall be settled, as far as possible, by the competent authorities of the Contracting States.

(2) Where a dispute cannot be settled in this manner within three months, it shall, at the request of one of the Contracting States, be submitted to an arbitral tribunal to be constituted as follows:

(a) Each Contracting State shall, within one month from the date of receipt of the request for an arbitral decision, appoint one arbitrator. The two arbitrators so appointed shall, within two months from the date on which the last Contracting State to appoint its arbitrator has given notice thereof, select a national of a third State as the third arbitrator.

(b) If one of the Contracting States has not appointed an arbitrator within the specified time limit, the other Contracting State may request the President of the International Court of Justice or, if he is a citizen of one of the two Contracting States, the Vice-President or next longest-serving judge who is not a national of either of the Contracting States, to make an appointment. The same procedure shall be followed, at the request of one of the Contracting States, if the two arbitrators are unable to agree on the choice of the third arbitrator.

(3) The decisions of the arbitral tribunal shall be by majority vote. Its decisions shall be binding on both Contracting States. Each of the Contracting States shall defray the expenses of the arbitrator it appoints. Other expenses arising out of the arbitration proceedings shall be shared equally by the Contracting States. The arbitral tribunal shall establish its own rules of procedure.

#### TITLE IV

##### TRANSITIONAL AND FINAL PROVISIONS

###### *Article 11*

For the purpose of determining and revising benefits under this Agreement, articles 94 and 95 of the Regulation and articles 118 and 119 of the Implementing Regulation shall apply *mutatis mutandis* from the entry into force of this Agreement.

###### *Article 12*

(1) This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the two Governments have notified each other in writing that the domestic requirements for its entry into force have been met.

(2) This Agreement is concluded for an indefinite period. Either of the Contracting States may denounce it upon three months' notice in writing.

(3) In the event of denunciation, the provisions of this Agreement shall continue to apply to existing entitlements.

###### *Article 13*

The following shall cease to be in effect when this Agreement enters into force:

(a) The Agreement of 11 November 1975 between the Republic of Austria and the Kingdom of Sweden on social security, together with its Final Protocol in the version of the Supplementary Agreement of 21 October 1982; and

(b) The agreement of 1 June 1976 on implementation of the Agreement between the Republic of Austria and the Kingdom of Sweden on social security.

IN WITNESS WHEREOF the plenipotentiaries of the two Contracting States have signed this Agreement.

DONE at Vienna, on 21 March 1996, in duplicate in the German and Swedish languages, both texts being equally authentic.

For the Republic  
of Austria:

MICHAEL FITZ

For the Kingdom  
of Sweden:

BJÖRN SKALA

---

[TRADUCTION — TRANSLATION]

## ACCORD<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LE ROYAUME DE SUÈDE SUR LA SÉCURITÉ SOCIALE

La République d'Autriche et le Royaume de Suède,

Désireux de protéger au-delà des dispositions des règlements (CEE) n° 1408/71 et 574/72, compte tenu de l'article 8 du règlement (CEE) n° 1408/71 concernant la sécurité sociale entre les deux Etats, les personnes qui sont ou étaient protégées en vertu de la législation de l'un des deux Etats ou de chacun d'eux,

Sont convenus de conclure l'Accord ci-après, qui doit remplacer l'Accord du 11 novembre 1975 entre les deux Etats sur la sécurité sociale<sup>2</sup> dans la version de l'Accord complémentaire du 21 octobre 1982<sup>3</sup>.

### TITRE I

#### DISPOSITIONS GÉNÉRALES

##### *Article premier*

1) Aux fins du présent Accord,

1. Le terme « règlement » désigne le règlement (CEE) n° 1408/71 du Conseil sur l'application du système de sécurité sociale aux travailleurs salariés et aux travailleurs indépendants ainsi qu'aux membres de leur famille qui se déplacent à l'intérieur de la Communauté, dans la version en vigueur dans chacun des Etats contractants;

2. Le terme « décision » s'entend de la décision (CEE) n° 574/72 du Conseil fixant la procédure à suivre pour appliquer le règlement n° 1408/71 sur l'application des systèmes de sécurité sociale aux travailleurs salariés et aux travailleurs indépendants qui se déplacent à l'intérieur de la Communauté, dans la version en vigueur dans chacun des Etats contractants.

2) Dans le présent Accord les autres expressions utilisées ont la signification qui leur est attribuée par le règlement et la décision ou par la législation nationale.

##### *Article 2*

Le présent Accord s'applique à la législation entrant dans le champ d'application concret du règlement.

##### *Article 3*

1) Le présent Accord s'applique aux personnes figurant dans le champ d'application individuel du règlement.

2) Le présent Accord s'applique en outre aux personnes ci-après qui n'entrent pas dans le champ d'application individuel du règlement :

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 1<sup>er</sup> juillet 1997 par notification, conformément à l'article 12.

<sup>2</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1045, p. 113.

<sup>3</sup> *Ibid.*, vol. 1324, p. 404.

a) Les personnes auxquelles s'appliquent ou s'appliquaient la législation de l'un des Etats contractants ou celle des deux Etats contractants;

b) Les personnes qui sont des membres de la famille ou des ayants droit des personnes mentionnées à l'alinéa a.

#### *Article 4*

1) En ce qui concerne les personnes désignées au paragraphe 3 de l'article 2, sont applicables dans les relations entre les deux Etats contractants le règlement, la décision, et les accords conclus en vue de leur application, sauf disposition contraire du présent Accord.

2) L'article 3 du règlement s'applique, en ce qui concerne les personnes désignées au paragraphe 3 de l'article 2, uniquement aux ressortissants des Etats contractants ainsi qu'aux membres de leur famille et à leurs ayants droit.

3) Le chapitre 6 du Titre III, à l'exception de l'article 67, les chapitres 7 et 8 du règlement ne s'appliquent pas aux personnes mentionnées au paragraphe 2 de l'article 3.

#### *Article 5*

1) Les ressortissants d'un Etat contractant, résidant hors du territoire d'un Etat auquel s'applique le règlement, bénéficient de l'égalité de traitement avec les ressortissants de l'autre Etat contractant en ce qui concerne l'application de la législation de cet Etat contractant.

2) Le premier paragraphe du présent article ne concerne pas la législation autrichienne relative à l'assurance des personnes qui sont employées par une représentation officielle autrichienne dans un Etat autre que celui auquel s'applique le règlement ou par des membres de cette représentation.

3) Le premier paragraphe ne concerne pas la législation suédoise relative à l'assurance-retraite complémentaire pour les personnes employées par un employeur suédois dans un autre Etat que celui auquel s'applique la réglementation.

### TITRE II

#### DISPOSITIONS PARTICULIÈRES

#### *Article 6*

Dans les cas où les Etats contractants conviennent d'un remboursement fondé sur une base forfaitaire ou d'une renonciation au remboursement au lieu du remboursement des coûts prévu par les articles 93 à 96 de la décision, les autorités compétentes des deux Etats contractants peuvent convenir des dispositions suivantes :

a) Désignation de l'organisme du domicile en tant qu'organisme compétent;

b) Mesures visant à éviter une charge exceptionnelle qui résulterait pour un organisme ou un service de liaison du remboursement fondé sur une somme forfaitaire ou de la renonciation à un remboursement.

#### *Article 7*

Pour les personnes désignées aux paragraphes 1 et 2 de l'article 3 qui résident hors du territoire d'un Etat auquel s'applique le règlement et pour les personnes

désignées au paragraphe 2 de l'article 3 qui résident sur le territoire d'un Etat auquel s'applique le règlement, le chapitre 3 du Titre III du règlement s'applique aux prestations suivantes :

- a) Suppléments pour enfants à charge aux pensions de vieillesse et aux pensions d'invalidité;
- b) Pensions d'orphelin à l'exception des pensions d'orphelin versées par l'assurance en cas d'accident du travail ou de maladie professionnelle.

#### *Article 8*

1) Pour les personnes désignées au paragraphe 2 de l'article 3 qui ne sont pas des ressortissants suédois ou autrichiens, mais dont les droits proviennent de ressortissants suédois ou autrichiens, l'article 10 du règlement s'applique uniquement à la pension suédoise de base, calculée à partir de la durée d'une assurance-retraite complémentaire ou de périodes assimilées.

2) Pour les personnes désignées au paragraphe 2 de l'article 3, l'article 45 du règlement et les dispositions prévues pour la Suède à l'appendice VI du règlement concernant les futures périodes d'assurance prévues ne s'appliquent qu'à la pension suédoise de base, calculée à partir de la durée d'une assurance-retraite complémentaire ou de périodes assimilées.

### TITRE III

#### DISPOSITIONS DIVERSES

#### *Article 9*

1) Les décisions exécutoires de tribunaux et les avis et déclarations d'arriérés (actes) exécutoires des organismes ou des autorités d'un Etat contractant concernant les cotisations et autres créances de la sécurité sociale sont reconnues sur le territoire de l'autre Etat contractant.

2) La reconnaissance ne peut être refusée que si elle est contraire à l'ordre public de l'Etat contractant dans lequel la décision ou l'acte doit être reconnu.

3) Les décisions et actes exécutoires reconnus aux termes du premier paragraphe sont exécutés dans l'autre Etat contractant. La procédure d'exécution est conforme à la législation en vigueur dans l'Etat contractant sur le territoire duquel l'exécution doit avoir lieu, en ce qui concerne l'exécution des décisions et des actes correspondants promulgués dans cet Etat contractant. La promulgation de la décision ou de l'acte doit être accompagnée de la confirmation de son caractère exécutoire (clause exécutoire).

4) Les créances d'organismes sur le territoire d'un Etat contractant portant sur des arriérés de cotisations sont assorties des mêmes privilèges que les créances correspondantes sur le territoire de cet Etat contractant lors de l'exécution forcée ainsi que dans les procédures de faillite et de compensation.

#### *Article 10*

1) Les différends entre les Etats contractants sur l'interprétation ou l'application du présent Accord sont réglés dans toute la mesure possible par les autorités compétentes des Etats contractants.

2) S'il n'est pas possible de régler ainsi un différend dans un délai de trois mois, ce différend doit être soumis sur la demande d'un Etat contractant à un tribunal arbitral qui doit être constitué comme suit :

a) Chaque Etat contractant désigne un arbitre dans un délai d'un mois après avoir reçu une demande de décision arbitrale. Les deux arbitres ainsi désignés choisissent en tant que troisième arbitre un ressortissant d'un Etat tiers dans un délai de deux mois après la notification de l'Etat contractant qui a désigné en dernier son arbitre;

b) Si un Etat contractant n'a pas désigné d'arbitre dans le délai fixé, l'autre Etat contractant peut demander de désigner celui-ci au Président de la Cour internationale de Justice ou, au cas où celui-ci est ressortissant de l'un des deux Etats contractants, au Vice-Président ou au juge suivant par ordre d'ancienneté qui n'a pas la nationalité d'un des deux Etats contractants. Il convient de procéder de façon comparable, à la demande d'un Etat contractant, lorsque les deux arbitres ne parviennent pas à s'entendre sur le choix du troisième arbitre.

3) Le tribunal arbitral décide à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires pour les deux Etats contractants. Chaque Etat contractant prend à sa charge la rémunération de l'arbitre qu'il désigne. Les autres coûts de la procédure arbitrale sont assumés à parts égales par les Etats contractants. Le tribunal arbitral définit lui-même sa propre procédure.

#### TITRE IV

##### DISPOSITIONS TRANSITOIRES ET FINALES

###### *Article 11*

Pour la liquidation ou la révision des prestations en vertu du présent Accord, les articles 94 et 95 du règlement et les articles 118 et 119 de la décision s'appliquent selon le cas à partir de l'entrée en vigueur du présent Accord.

###### *Article 12*

1) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant celui où les deux gouvernements se seront notifié par écrit que les conditions d'entrée en vigueur requises selon le droit intérieur sont remplies.

2) Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Chaque Etat contractant peut le dénoncer par écrit en respectant un préavis de trois mois.

3) En cas de dénonciation, les dispositions du présent Accord continuent de s'appliquer aux droits acquis.

###### *Article 13*

Avec l'entrée en vigueur du présent Accord les instruments ci-après cessent de s'appliquer :

a) L'Accord du 11 novembre 1975 entre la République d'Autriche et le Royaume de Suède sur la sécurité sociale ainsi que le protocole final dans la version de l'Accord supplémentaire du 21 octobre 1982;

b) L'Accord du 1<sup>er</sup> juin 1976 portant application de l'Accord entre la République d'Autriche et le Royaume de Suède sur la sécurité sociale.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires des deux Etats contractants ont signé le présent Accord.

FAIT à Vienne le 21 mars 1996 en deux exemplaires en langues allemande et suédoise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République  
d'Autriche :

MICHAEL FITZ

Pour le Royaume  
de Suède :

BJÖRN SKALA

---

